

# Zeitenwende ernst meinen. Sicherheitsarchitektur für die 20er Jahre.

## Beschluss

des Kreisverbandsausschusses am 03.09.2022 in Leck:

Die JUNGE UNION NORDFRIESLAND fordert:

- Die Bundesregierung muss Ihre Lieferzusagen schwerer Waffen, Munition und Ausrüstung an die Ukraine endlich in die Tat umsetzen.
- Die Bundesregierung muss Exportanträge von deutschen Rüstungsunternehmen an die Ukraine unverzüglich freigeben und darf Exporte anderer Länder mit deutscher Rüstungstechnik nicht länger blockieren oder unterbinden.
- Die Bundesregierung, insbesondere das Verteidigungsministerium, müssen erneut überprüfen, welche Bestände geliefert werden können.
- Eine Umsetzung der angekündigten Ringtausche mit EU-Partnern.
- Das Sondervermögen der Bundeswehr muss effektiv und nur für die Bundeswehr verwendet werden. Zudem darf es nicht dazu führen, dass wie momentan geplant, die Verteidigungsausgaben im Bundeshaushalt sinken und wir die 2%-Selbstverpflichtung der NATO immer noch nicht einhalten können.
- Eine deutliche Verstärkung der NATO-Ostflanke durch tatsächliche Truppenverlegung ins Baltikum und ggf. Polen.
- Weitere und neue Projekte wie die Truppenverbände der NATO Response Force, insbesondere der NATO-Speerspitze.<sup>1</sup>
- Eine neue Strategie der NATO für die Arktis, verbunden mit neuer Präsenz.
- Eine Neuaufstellung der europäischen Rüstungspolitik.
- Eine Erweiterung gemeinsamer europäischer Streitkraftverbände, wie der Deutsch-Französischen Brigade und der EU Battlegroups.
- Eine neue Debatte und Beratung mit dem Ziel einer gemeinsamen europäischen Armee.
- Die Bündnis- und Partnerbeziehungen zur Republik Polen wieder zu reparieren, die durch leere Versprechungen, insbesondere im Ringtausch, gemacht wurden, jedoch keine Aufweichung der Haltung und Kritik an neugeschaffenen Demokratiedefiziten, wie beim polnischen Richtergesetz.
- Eine Priorisierung von Wehrangelegenheiten bei der GMSH.

---

<sup>1</sup> NATO Very High Readiness Joint Task Force (VJTF)

## **Begründung:**

Mit dem russischen Angriffs- und Vernichtungskrieg gegen die Ukraine hat sich die Welt in kürzester Zeit verändert. Zum einen war es bis zum 24. Februar kaum zu denken, ein solches Geschehen noch einmal nach den Grauen des zweiten Weltkrieges mitten auf dem europäischen Kontinent zu erleben, zum anderen befinden sich die Demokratien des Westens, vor allem in Europa, nun in heißen, statt nur kalten Krieg mit einer militärischen Weltmacht Russland. Bisher, und darauf müssen auch weiterhin die Bestrebungen hinauslaufen, wurde kein NATO-Mitgliedsstaat durch militärische Gewalt angegriffen, jedoch aber findet ein harter Wirtschaftskrieg statt. Darüber hinaus läuft ein Kampf über groß angelegte Hackangriffe auf empfindliche Infrastruktur, staatliche Institutionen sowie wirtschaftliche Verbände und Betriebe. Hinzu kommen immer deutlicher und öfter artikulierte Vernichtungsfantasien russischer Politiker und Staatsmänner gegen Demokratien des Westens – insbesondere auch Deutschland.

Viele Einschätzungen gehen davon aus, dass Russland im Falle eines militärischen Sieges in der Ukraine nicht mit seinem Angriffskrieg aufhört. Tatsächlich äußern russische Staatsmänner immer wieder, dass dies erst der Anfang sei. Teils werde von einem russischen Großreich bis an die iberische Halbinsel fantasiert.<sup>2</sup> Zugleich strebt Russland in seinen besetzten Gebieten eine „Russifizierung“ an, die die ukrainische Kultur und Identität komplett auslöschen soll. Es gibt fortlaufend Berichte über verschleppte Bevölkerungsgruppen, deren aktueller Standort im Staatsgebiet Russlands unklar ist.<sup>3</sup> Die Massaker von Butscha, der Kampf um Mariupol – es gibt zahlreiche weitere Ereignisse, die klar machen: Russlands Kriegsverbrechen nehmen Ausmaße eines Völkermordes an.

Dem entgegen steht die Bundesrepublik, die sich durch eine zerstrittene und führungslose Politik auszeichnet, außenpolitisch sogar widersprüchlich: Zusagen werden wieder eingesammelt, unterschiedliche Signale gesendet und die Koalitionsparteien SPD, Grüne und FDP weisen sich gegenseitig Blockade und Versagen vor. Gerade in der SPD scheint eine Schieflage in der Ostpolitik zu bestehen, insbesondere zu Lasten der Länder im Osten Europas, die als unter anderem Puffer diffamiert werden. Ex-SPD-Kanzler Schröder spielt in diesem Kontext eine schändliche und schädliche Rolle, wie es sie in der Bundesrepublik Deutschland noch nicht gegeben hat.

Bundeskanzler Scholz überraschte zunächst folgerichtig mit der „Zeitenwende“. Mehr als die Ankündigung verblieb jedoch nicht. Vielmehr droht sie gänzlich zu schaden. Das Ansehen Deutschlands ist international an einem Tiefpunkt. Dem entgegen können nur endlich das Einhalten der zugesagten Mittel an die Ukraine und Bündnispartner stehen. Zudem muss die europäische und insgesamt westliche Sicherheitsarchitektur auf neue, stärkere

---

<sup>2</sup> <https://www.welt.de/politik/ausland/article238010209/Medwedew-will-offenes-Eurasien-von-Lissabon-bis-Wladiwostok.html>

<sup>3</sup> <https://www.spiegel.de/ausland/nach-russland-verschleppte-zivilisten-aus-der-ukraine-ich-will-endlich-meine-tochter-zurueck-a-b0cc2ae6-1270-4857-a4f6-ba4c75b872e5>; [https://www.zeit.de/2022/23/verschleppung-ukraine-russland-fluechtlinge?utm\\_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F](https://www.zeit.de/2022/23/verschleppung-ukraine-russland-fluechtlinge?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F)

Beine gestellt werden. In der der NATO muss das Abschreckungsprinzip wieder in den Fokus rücken. Wir müssen feststellen: Der Ernstfall kann auch im 21. Jahrhundert eintreten, wir drohen aktuell von einem neuen kalten Krieg, in einen heißen Krieg zu stürzen.

All das muss berücksichtigt werden. Innerhalb des westlichen Bündnisses muss die Bundesrepublik Deutschland seine Zeitenwende durchführen, die hin zu einem Verteidigungsbereiten und aktiven, verantwortungsbewussten Bündnispartner führt.